

glieder, der Kader und der Volksmassen "noch mehr zu entfachen". Erreicht werden soll dies durch die Propagierung des "Geistes von Yu Gong" - eine schon von Mao Zedong bemühte Gestalt aus der chinesischen Sagenwelt ("Yu Gong versetzt Berge", Juni 1945). Mit dem "Geist von Yu Gong" verbindet sich Hu Yaobang zufolge das Ideal harten und entschlossenen Kampfes bei politischer Geschlossenheit. Mit dem "Geist von Yu Gong", den Hu als einen "wertvollen geistigen Schatz der chinesischen Nation" bezeichnete, sollen drei Ziele erreicht werden: die Entwicklung der Produktivkräfte, die vollständige Reform des Wirtschaftssystems und der Aufbau einer "geistigen Zivilisation des Sozialismus".

Auch die Bekämpfung der "falschen Tendenzen" und die Verbesserung des Arbeitsstils der Partei erfordert Hu Yaobang zufolge den "Geist von Yu Gong". Dabei sollen die zentralen Organe mit gutem Beispiel vorangehen. Als "zentrale Organe" bezeichnete Hu Yaobang die Organe des KPCh-Zentralkomitees, des Nationalen Volkskongresses, des Staatsrats, der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und der Massenorganisationen auf nationaler Ebene. Hinzu kommen die zentralen Abteilungen der ZK-Militärkommission (Generalstab, Zentrale Politische Abteilung und Zentrale Logistikabteilung) und die Führungsorgane der verschiedenen Waffengattungen. Die Funktionäre dieser Organe sollen Hu Yaobang zufolge in viererlei Hinsicht zum Vorbild für das ganze Land werden:

1. Erhöhung der Arbeitseffizienz
2. Fleißiges Studium sowohl des Marxismus als auch von verschiedenen Fachgebieten und Erhöhung des Allgemeinwissens
3. Einhaltung der Parteidisziplinarregeln und der staatlichen Gesetze (Kampf gegen Liberalismus, Individualismus, Amtsmissbrauch, Gesetzesverstöße, Fraktionismus, Günstlingswirtschaft usw.)
4. Stärkung des Parteigeistes.

Ministerpräsident Zhao Ziyang forderte zum Abschluß der Konferenz dazu auf, bei der Verbesserung des Arbeitsstils der Partei zunächst mit jenen 6 "falschen Tendenzen" aufzuräumen, die die Hauptbüros des KPCh-Zentralkomitees und des Staatsrats bereits in einem Rundschreiben vom 26. November 1985 angeprangert hatten (RMRB, 11.1.86; siehe auch C.a., Dezember 1985, Ü 9).

Die Einberufung der 8.000-Kader-Konferenz zur Verbesserung des Arbeitsstils der Partei- und Staatsfunktionäre ist ein eindeutiges Indiz dafür, daß bei der seit Ende

1984 immer wieder geforderten Bekämpfung von Amtsmissbrauch und Korruption in den eigenen Reihen bisher kein entscheidender Durchbruch gelungen ist (siehe u.a. C.a., Februar 1985, Ü 17; C.a., März 1985, Ü 11; C.a., Dezember 1985, Ü 9 u. 36). -sch-

\*(14)

#### **ZK-Sekretariat will sich mehr dem Aufbau einer "geistigen Zivilisation des Sozialismus" widmen**

Vor Absolventen der ZK-Parteischule gab der Ständige Sekretär des ZK-Sekretariats, Hu Qili, am 18. Januar 1986 bekannt, daß sich das ZK-Sekretariat im Jahre 1986 neben der Wirtschaftspolitik auch verstärkt mit dem Aufbau einer "geistigen Zivilisation des Sozialismus" befassen will. Dabei wird sich das ZK-Sekretariat auf vier Punkte konzentrieren:

1. Aufklärung über die gegenwärtige Lage und Erläuterung der entsprechenden politischen Maßnahmen.
2. Verbesserung des Arbeitsstils der Partei und dabei vor allem Aufdeckung und Bestrafung von schwerwiegenden Straftaten, in die hohe Kader und/oder deren Söhne und Töchter verwickelt sind. Hu Qili zufolge sollen dabei "all jene verhaftet werden, die verhaftet werden müssen, und all jene hingerichtet werden, die hingerichtet werden müssen" (RMRB, 19.1.86).
3. Verbesserung der ideologischen, kulturellen und theoretischen Arbeit.
4. Verbesserung der Arbeit der Justizorgane und der Organe für öffentliche Sicherheit. -sch-

\*(15)

#### **Schaffung des Zentralen Verwaltungsamts für chinesische Medizin**

Auf Beschluß des Staatsrats soll das Zentrale Verwaltungsamt für chinesische Medizin eingerichtet werden, um die Arbeit auf dem Gebiet der chinesischen Medizin besser koordinieren und steuern zu können. Das Verwaltungsamt für chinesische Medizin soll unter der Leitung des Gesundheitsministeriums stehen. (RMRB, 26.1.86) -sch-

\*(16)

#### **10. Todestag von Zhou Enlai**

Anläßlich des 10. Todestages von Zhou Enlai am 8. Januar 1986 veröffentlichte das ZK-Organ "Volkszeitung" Anfang Januar eine Reihe von Artikeln und Fotos zur Erinnerung an Zhou Enlai (siehe RMRB, 4.-9.1.86). Darüber hinaus kamen mindestens drei Bücher über das Leben von Zhou Enlai auf den Markt, darunter eine englischsprachige Biographie. Eine offizielle Gedenkveranstaltung der politi-

schen Führung fand jedoch nicht statt. Mehrere Tausend Menschen zogen am 8. Januar zum Heldendenkmal auf den Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens in Beijing, um dort Blumensträuße niederzulegen oder sich einfach zu verneigen. Hierbei handelte es sich offensichtlich um spontane persönliche Sympathiebekundungen für Zhou Enlai, der im Volk als ein gemäßiger und pragmatischer Politiker verehrt wird und der während der Kulturrevolution durch geschicktes politisches Taktieren noch weitaus Schlimmeres verhindern konnte. (IHT, 9.1.86; NZZ, 10.1.86) -sch-

#### **KULTUR**

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(17)

#### **Islamisches Institut in Henan eröffnet**

In Zhengzhou in der mittelchinesischen Provinz Henan ist ein islamisches Institut für die Ausbildung islamischer Theologen eröffnet worden. Für den ersten Jahrgang sind jetzt 40 Studenten aufgenommen worden. Das Studium an dem Institut auf Hochschulebene dauert drei Jahre und umfaßt u.a. die arabisches Sprache und islamische Schriftkunde. Bei diesem Institut handelt es sich um eines von sechs Institutionen Chinas für die Ausbildung islamischer Geistlicher. Die Absolventen des Zhengzhouer Instituts sind für eine Tätigkeit in den Provinzen Henan, Shandong, Anhui und Jiangsu vorgesehen. Von den 75 Millionen Einwohnern der Provinz Henan sind etwa eine Million Angehörige der islamischen Volksgruppen Hui, Uiguren oder Kasachen. In den vergangenen Jahren hat die Provinzregierung die Öffnung oder Erweiterung von über 400 Moscheen unterstützt (XNA, 17.1.86). -st-

\*(18)

#### **Finanzierung des Erziehungswesens**

Ein wesentliches Problem bei der Entwicklung des Erziehungswesens ist die Knappheit der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Aus diesem Grunde hat das damalige Erziehungsministerium im Januar 1985 eine drastische Erhöhung der Erziehungsausgaben festgelegt. In dieser Hinsicht vorbildlich ist die Provinz Liaoning, die kürzlich von Li Peng, dem Vorsitzenden der Staatlichen Erziehungskommission, wegen ihrer Finanzpolitik hinsichtlich des Erziehungswesens gelobt wurde. Liaonings Finanzierungsmethoden sehen wie folgt aus:

1. Anhebung der staatlichen Inve-

stitutionen im Erziehungswesen sowie Anhebung der Steigerungsrate im Erziehungshaushalt: Ab 1986 soll die Steigerungsrate der Erziehungsausgaben der Provinzregierung um 5% höher liegen als die Steigerungsrate der regulären Einnahmen der Provinz. Die Steigerungsrate der Erziehungsausgaben auf der Ebene der Präfekturen, Städte und Kreise soll 2% höher liegen als die Steigerungsrate ihrer Einkünfte. (Dies bedeutet mit anderen Worten, daß die Ausgaben für das Erziehungswesen von der Provinz- bis zur Kreisebene schneller wachsen sollen als die jeweiligen Einnahmen.) Ferner wurde verfügt, daß von der Provinz- bis zur Kreisebene der Anteil der Erziehungsausgaben am Gesamtbudget nicht unter 20% liegen darf.

2. Die Einnahmen der Einheiten unterhalb der Kreisebene, also der Gemeinden, sollen zur Hauptsache für das Erziehungswesen verwendet werden.

3. 15-20% der städtischen Finanzmittel für die Instandhaltung öffentlicher Einrichtungen sollen für den Bau von Mittel- und Grundschulen sowie Kindergärten bereitgestellt werden.

4. Zusätzlich soll 1986 in der gesamten Provinz Geld für das Erziehungswesen gesammelt werden (d.h. von staatlichen Unternehmen, Kollektivbetrieben und Privatpersonen).

5. Im Schulbau soll kräftig investiert werden. Die Provinzregierung will 1986 ihre Investitionen im Schulbau auf 10 Mio. Yuan anheben (Radio Beijing, 14.12.85, nach SWB, 18.12.85).

Die Steigerungsraten der Erziehungsausgaben dürften in anderen Provinzen ähnliche Tendenzen aufweisen, zumal der Staat gefordert hat, daß die Ausgaben auf dem Erziehungssektor schneller wachsen sollen als die anderer Bereiche. Beträchtliche Summen fließen auf unterer Ebene auch aus privaten Händen oder von Kollektivbetrieben in das Erziehungswesen. -st-

#### \*(19) Gesetzentwurf für neunjährige Schulpflicht

Auf der 14. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK wurde ein Gesetzentwurf für die landesweite Einführung der neunjährigen Schulpflicht diskutiert. Diese stellt eines der Ziele der im Mai 1985 verkündeten Erziehungsreform dar (vgl. C.a. 85/5, Ü 16). Auf der Sitzung waren sich alle einig, daß die allgemeine Schulpflicht von strategischer Bedeutung für die Entwicklung Chinas ist. Obwohl laut Stati-

stik im Jahre 1985 im Landesdurchschnitt bereits 95,9 Prozent aller Kinder im Grundschulalter die Schule besuchten und etwa 68 Prozent von ihnen weitergingen auf die Mittelschule, sei die Grundschulbildung immer noch sehr schwach aufgrund des Mangels an qualifizierten Lehrern und Ausstattung, was das gesamte Erziehungswesen Chinas beeinträchtigt. Auf dem Lande gebe es immer noch keine Schulpflicht, und nach wie vor gebe es immer neue Generationen von Analphabeten. Der Gesetzentwurf verbietet allen Organisationen wie auch Einzelpersonen, junge Leute ohne Absolvierung der neunjährigen Schulpflicht einzustellen. Der neunjährige Schulbesuch soll schulgeldfrei sein, und bedürftige Eltern sollen unterstützt werden. Ferner fordert der Entwurf Unternehmen, Institutionen und andere Organisationen auf, Schulen zu gründen, und empfiehlt, daß rückständige und Minderheitegebiete staatliche Unterstützung erhalten. Um qualifizierte Lehrer zu bekommen, sieht der Entwurf neue Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrerausbildung und des gesellschaftlichen und materiellen Status der Lehrer vor (XNA, 14.1.86).

Die Diskussion über den Gesetzentwurf im Ständigen Ausschuß des NVK machte deutlich, welche Schwierigkeiten bei der Einführung der allgemeinen Schulpflicht bestehen. Zur Erreichung dieses Zieles muß sich die Regierung ganz auf die lokale Ebene stützen, die für die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht verantwortlich ist. Das Hauptproblem ist der Mangel an guten Grundschullehrern auf der lokalen Ebene. Deshalb wurde gefordert, die Grundschullehrer auf Rotationsbasis fortzubilden. Ein weiteres Problem ist, daß viele Orte dem Bildungswesen immer noch nicht genügend Aufmerksamkeit schenken. Deshalb, so wurde gefordert, müsse man das Gesetz über die allgemeine Schulpflicht verstärkt propagieren, damit die Aufmerksamkeit der örtlichen Führung auf dieses Problem gelenkt werde. Vielerorts würde zwar eine umfangreiche Bautätigkeit entfaltet, aber die Schulen würden vernachlässigt und befänden sich vielfach in einem desolaten Zustand. Das meiste Geld würde gegenwärtig für Gehälter ausgegeben, während für Einrichtung und Ausstattung der Schulen nur sehr wenig übrig bleibe.

Zur Schulgeldfrage hieß es, daß in dieser Hinsicht klare Bestimmungen zu erlassen seien. Wenn lokale Einheiten wirklich in Schwierigkeiten seien, dann sollte es ihnen möglich sein, Gebühren zu erheben. Doch müßten sie die Erlaubnis der höheren Ebene einholen, auch müsse der Umfang des Schulgeldes festgelegt

werden, denn sie dürften nicht einfach soviel nehmen, wie sie wollten. Ein anderes Ausschußmitglied stellte fest, daß der Gesetzentwurf in der Schulgeldfrage eindeutig sei (daß nämlich keines erhoben werden darf). Da eine Schulpflicht bestehe, müsse der Staat auch die Ausgaben für Schulbücher und Schreibmaterial tragen. Er hoffe, daß diese Regelung Schritt für Schritt eingeführt würde, denn man könne den Eltern auf keinen Fall zusätzliches Geld abverlangen.

Ein weiterer Diskussionspunkt betraf das Hochchinesisch, also die sog. Gemeinsprache (putonghua), die in dem Gesetzentwurf über die Schulpflicht als Unterrichtssprache festgelegt worden ist. In der Diskussion wurde deutlich, daß heutzutage an manchen Orten weniger "putonghua" gesprochen wird als in den fünfziger Jahren; zudem gebe es an den Schulen vielfach Lehrer, die zwar in "putonghua" unterrichteten, deren Aussprache aber nicht dem Standard entspreche. Auch im Fernsehen werde vielfach Dialekt verwendet, was der Verbreitung der Allgemeinsprache, speziell unter Kindern, nicht gerade förderlich sei.

Schließlich wurde darauf hingewiesen, daß das Gesetz noch nicht überall eingeführt werden könne, weil vielen Gebieten dafür die materiellen Voraussetzungen fehlten, insbesondere den alten Stützpunktbereichen, Minderheitegebieten, Grenzgebieten, bergigen und armen Gegenden (RMRB, 15.1.86).

Die großen regionalen Unterschiede in bezug auf wirtschaftliches und kulturelles Niveau und die daraus resultierende Unmöglichkeit, das Gesetz über die allgemeine Schulpflicht schon jetzt einheitlich in ganz China einzuführen, wurden auch auf einer Planungskonferenz für Grund- und Mittelschulen erörtert, die Ende Dezember 1985 von der Staatlichen Erziehungskommission einberufen worden war. Den unterschiedlichen Gegebenheiten in Stadt und Land sowie auf dem Lande in den verschiedenen Regionen müsse bei den Bildungsplänen unbedingt Rechnung getragen werden. So müsse beispielsweise die Unterteilung des neunjährigen Schulsystems den örtlichen Bedingungen angepaßt sein. In den Städten, wo die untere Mittelschule bereits realisiert sei, könne man versuchsweise ein durchgehendes Neunjahrssystem einführen. Die Frage des Übergangs von der Grundschule zur Unterstufe der Mittelschule erfordere eine dezidierte Haltung, da es gelte, den durch die Aufnahmeprüfungen entstehenden Druck von den Schülern zu nehmen. In den meisten Gebieten sei das Neunjahrssystem in 6+3 oder in 5+4 Schuljahre un-

terteilt, aber vielerorts würde auch nur ein System von 5+3 Jahren praktiziert, und hier müsse eine entsprechende Übergangsfrist gewährt werden (GMRB, 30.12.85).

Die im Mai gefaßten ZK-Beschlüsse zur Reform des Erziehungswesens tragen dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Regionen durchaus Rechnung, indem sie einen dreistufigen Entwicklungsplan für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht vorsehen. Die erste Kategorie (Städte und entwickelte Küstenregionen) sollen dieses Ziel bis 1990 erreichen, die zweite Kategorie bis 1995, und als letzte folgen die unterentwickelten Gebiete, die sich zunächst um die Einführung der Grundschulpflicht bemühen müssen.

Eines scheint die Diskussion um die Einführung der neunjährigen Schulpflicht zu verdeutlichen: Der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit klappt noch weit auseinander. Diesen Eindruck kann auch die Statistik nicht mildern, denn sie sagt nichts über die Dauer des Schulbesuchs aus. -st-

\*(20)

#### Lehrerbildung

Der Mangel an qualifizierten Lehrern stellt neben dem Mangel an Finanzen einen der beiden Engpässe beim Erreichen der neunjährigen Schulpflicht für die 250 Millionen Kinder im Alter zwischen 7 und 16 bis zum Ende dieses Jahrhunderts dar. Die Staatliche Erziehungskommission hat das Ziel aufgestellt, das Kontingent der Grund- und Mittelschullehrer von gegenwärtig 8 auf 10 Millionen zu erhöhen. Für die Ausbildung von Lehrern stehen zur Zeit gut 3.000 pädagogische Hoch- und Fachschulen zur Verfügung, an denen zusammen 350.000 Studenten eingeschrieben sind. Zusätzlich besuchen 500.000 Lehrer Fortbildungskurse.

Eine der ersten Maßnahmen der im Juni 1985 eingerichteten Staatlichen Erziehungskommission zur Anhebung des Niveaus der Lehrer war im August 1985 die Entsendung von 3.250 Fachleuten von Einrichtungen der Zentrale in unterentwickelte Gebiete, um den örtlichen Lehrern ein Jahr lang eine intensive Lehrerausbildung zuteil werden zu lassen. Diese Fachleute erhalten das Gehalt ihres ursprünglichen Arbeitsplatzes weiter und zusätzlich eine Unterstützung von den örtlichen Behörden.

Eine weitere Maßnahme besteht darin, die Hochschulen zu animieren, Fernkurse für Lehrer einzurichten. Zwei pädagogische Hochschulen, die Ostchinesische und die Nordostchinesische, haben sich in dieser

Hinsicht bereits zu regionalen Zentren herausgebildet durch die Betreuung Zigtausender von Lehrern (XNA, 28.12.85). -st-

\*(21)

#### Allgemeine Schulpflicht in Fujian und Liaoning

Nachdem die Provinz Fujian im Oktober 1984 die allgemeine Schulpflicht zum Gesetz gemacht hat, ist in dieser Provinz der allgemeine Grundschulbesuch eingeführt. Das entsprechende von der Zentralregierung ausgegebene Kriterium lautet, daß in allen Kreisen einer Provinz mindestens 95 Prozent aller Kinder im schulpflichtigen Alter die Schule besuchen müssen. Dies war bei den 78 Kreisen und Städten der Provinz Fujian im Jahre 1985 der Fall: Im Provinzdurchschnitt besuchten 97 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter die Schule. Bei der Durchsetzung ihres Zieles hat die Provinz für die ländlichen Gebiete besondere Maßnahmen ergriffen. Neben Ganztagschulen haben die örtlichen Behörden auch Halbtags- und Abendschulen eingerichtet, und in manchen Bergdörfern zirkulieren die Lehrer von Dorf zu Dorf (XNA, 13.1.86).

Auch in der Provinz Liaoning ist die allgemeine Grundschule inzwischen eingeführt. Nach Angaben der örtlichen Behörden besuchen dort 98,3 Prozent der Kinder im Alter von 7 Jahren und 98,2 Prozent der Kinder im Alter zwischen 13 und 15 die Schule. Den Grundschulabschluß erreichten im Jahre 1985 95,3 Prozent (XNA, 14.1.86).

Zusammen mit der Provinz Jiangsu, wo die allgemeine Schulpflicht bereits im Juni 1984 verwirklicht war, sind dies bisher die einzigen drei Flächenprovinzen, nimmt man die Stadtstaaten einmal aus, die die Schulpflicht vorzeitig eingeführt haben. Landesweit soll dieses Ziel bis 1990 erreicht sein. -st-

\*(22)

#### Sanktionen gegen unautorisierte Verlage

Im Anschluß an die Verlegerkonferenz im Dezember 1985 hat die chinesische Regierung jetzt ein Zirkular herausgegeben, in dem alle relevanten Behörden ersucht werden, die Kontrolle über das Verlagswesen zu stärken und gegenüber Verlagen, die gegen die Publikationsbestimmungen verstoßen oder nicht autorisiert sind, Bücher zu veröffentlichen, wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen. Die Maßnahmen sehen vor, daß von nicht registrierten Verlagen, die unautorisiert Bücher und Zeitschriften veröffentlichen, diese Publikationen sowie die Einkünfte daraus konfisziert werden. In schweren Fällen

sollen Geldstrafen verhängt werden. Die Einkünfte von Druckereien, die solche illegalen Werke drucken, sollen auch eingezogen werden. Auch sie müssen mit Geldstrafen rechnen. Die Verlage sind gehalten, sich streng an die von der Partei ausgegebenen Bestimmungen zu halten. Wenn sie sich den vom Staat für einige Druckerzeugnisse verfügten Einschränkungen widersetzen, eigenmächtig genehmigungspflichtige Bücher veröffentlichen oder die vorgesehene Druckauflage überschreiten, dann werden ihre daraus gewonnenen Einkünfte konfisziert und in schweren Fällen Geldstrafen verhängt (RMRB, GMRB, 18.1.86).

In diesem Zusammenhang wurde auch eine spezielle Regelung getroffen, die die unautorisierte Herausgabe und Veröffentlichung sowie den Vertrieb von Lehr- und Schulbüchern verbietet. In den letzten Jahren wurde auf dem Schulbuchsektor der Markt mit sog. Wiederholungsmaterialien für Schüler überschwemmt. Solche aus reiner Geschäftemacherei angebotenen Materialien waren nicht autorisiert und brachten den regulären Schulbuchmarkt durcheinander. Diese Praktiken sollen durch die neue Verfügung unterbunden werden (vgl. RMRB, 21.1.86). -st-

\*(23)

#### Sprach- und Schriftreform

Die chinesische Schrift wird noch auf lange Sicht beibehalten und nicht durch eine latinisierte Schrift ersetzt werden. Dies war eines der Ergebnisse einer Konferenz über die chinesische Sprache und Schrift, die vom 6.-13. Januar 1986 in Beijing stattfand. Die Konferenz war gemeinsam von der Staatlichen Erziehungskommission und der Staatlichen Kommission für Sprach- und Schriftarbeit einberufen worden; sie zählte über 280 Teilnehmer aus Kreisen des Erziehungs- und Sprachwesens und der Regierung. Die Sprach- und Schriftreform, so wurde auf der Konferenz resümiert, habe seit der nationalen Schriftreformkonferenz von 1955 sichtbare Erfolge erzielt. Die Normierung und Standardisierung der Sprache und Schrift seien für die gesellschaftliche Entwicklung, den wissenschaftlichen Fortschritt und die Anhebung des kulturellen und des Bildungsniveaus von großer Bedeutung. Aber es bestünden gegenwärtig auch noch Mängel: Bei der Verwendung der Zeichen herrsche ein ziemliches Durcheinander, viele Zeichen würden falsch gebraucht oder nicht richtig vereinfacht, viele würden sogar aus Nachlässigkeit falsch geschrieben. Als Richtlinie für die derzeitige Arbeit auf dem Gebiet der Sprache und Schrift wurde ausgegeben, die staatlichen Er-

lasse hinsichtlich Sprache und Schrift durchzuführen, die Normierung und Standardisierung der Sprache und Schrift voranzutreiben und die Schriftreform weiter zu fördern, so daß Sprache und Schrift beim Aufbau der sozialistischen Modernisierung eine noch größere Rolle spielen. Die folgenden Aufgaben wurden als die wichtigsten herausgestellt: Die Normierung der heutigen chinesischen Sprache und die allgemeine Verbreitung der Allgemeinsprache (putonghua); Erforschung und Klassifizierung der gebräuchlichen Schriftzeichen und Festlegung eines entsprechenden Standards; Förderung des Pinyin sowie Untersuchung und Lösung der bei seiner praktischen Anwendung auftretenden Probleme; Stärkung der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung auf dem Gebiet der Sprache und Schrift.

Was die künftige Sprachpolitik angeht, so wurden folgende Grundsätze genannt:

- Schriftreform: Die chinesischen Schriftzeichen werden noch für lange Zeit ihre Gültigkeit als gesetzlich festgelegte Schrift behalten. Das Pinyin wird nicht die chinesischen Schriftzeichen ersetzen, sondern lediglich dazu dienen, beim Erlernen der chinesischen Sprache und Schrift zu helfen und bei der Verbreitung der Allgemeinsprache als Transkriptionsmittel zu fungieren; auch soll es in solchen Fällen verwendet werden, in denen chinesische Schriftzeichen unangebracht oder nicht möglich sind.

- Allgemeinsprache: Bis zum Ende dieses Jahrhunderts sollen Anstrengungen unternommen werden, daß 1. Schulen aller Ebenen und Arten die Allgemeinsprache im Unterricht verwenden, die Allgemeinsprache also Unterrichtssprache wird; 2. daß Partei- und Regierungsorgane aller Ebenen sowie alle Unternehmen bei der Arbeit generell die Allgemeinsprache verwenden, die Allgemeinsprache also Arbeitssprache wird; 3. daß Rundfunk, Fernsehen, Film und Theater die Allgemeinsprache verwenden, die Allgemeinsprache also Propagandasprache wird; 4. daß im Verkehr zwischen Menschen unterschiedlicher Dialekte grundsätzlich die Allgemeinsprache verwendet wird, die Allgemeinsprache also Kommunikationssprache wird. Die Verbreitung der Allgemeinsprache soll keineswegs die Abschaffung der Dialekte beinhalten, vielmehr soll sie die Sprachbarrieren aufheben und der gesellschaftlichen Kommunikation dienen.

- Erforschung und Klassifizierung der chinesischen Schriftzeichen: Bei der Vereinfachung der chinesischen Schriftzeichen soll sehr vor-

sichtig verfahren werden, damit sich die Zeichen innerhalb einer bestimmten Zeit festigen, d.h. einbürgern können.

- Förderung des Pinyin: Das Pinyin ist die vom Staat gesetzlich festgelegte Standardumschrift, die im In- und Ausland allgemein verwendet wird. Sie ist eine wissenschaftliche und praktikable Umschrift, deren Verwendung künftig mit aller Macht voranzutreiben ist (RMRB, 7.1.86; siehe auch GMRB, 7.1.86 und RMRB, GMRB, 14.1.86).

Betrachtet man das Ergebnis der Konferenz, so ist festzuhalten, daß in der Sprachpolitik keine einschneidenden Neuerungen zu verzeichnen sind. Vielmehr sollen die bisherigen Richtlinien weiter gelten und die bisherigen Maßnahmen der Sprachpolitik fortgeführt und gefestigt werden. So ist die Einführung einer latinisierten Schrift in weite Ferne gerückt; die Pinyin-Umschrift soll praktisch nur als Hilfsmittel Verwendung finden. Der Schwerpunkt der gegenwärtigen Sprachpolitik liegt auf der allgemeinen Verbreitung des Hochchinesischen (putonghua), die für die innerchinesische Kommunikation und die Modernisierung von vorrangiger Bedeutung ist. Nicht umsonst fordert die Verfassung von 1982 den allgemeinen Gebrauch des putonghua. Bei der Vereinfachung der chinesischen Schriftzeichen will man insofern behutsam vorgehen, als man offensichtlich keine weiteren Zeichen vereinfachen, sondern zunächst einmal die bisher vereinfachten Zeichen (in den letzten 30 Jahren rund 2.300) stabilisieren und von Fehlern und anderen Unzulänglichkeiten befreien will. In den vergangenen Jahren wurden bereits über 100 vereinfachte Zeichen, die 1977 veröffentlicht worden waren, aus dem Verkehr gezogen.

Im Dezember 1985 war übrigens die Staatliche Kommission für Schriftreform in "Staatliche Kommission für Sprach- und Schriftarbeit" umbenannt worden (GMRB, 17.12.85). Diese Umbenennung mag als Zeichen dafür zu nehmen sein, daß es zur Zeit mehr darum geht, die gesprochene Sprache zu vereinheitlichen als die Schrift zu reformieren. -st-

\*(24)

#### Restaurierung religiöser Bauten in Jiangsu

Nach umfangreichen Restaurierungsarbeiten ist in Yangzhou in der Provinz Jiangsu die 700 Jahre alte Xianhe-Moschee wieder geöffnet. Die Moschee wurde zwischen 1265 und 1275 zur Zeit des islamischen Missionars Burhdn al-dan erbaut, dessen Grab jetzt auch der Öffentlichkeit zugänglich ist. Die

Yangzhouer Moschee zählt neben den Moscheen von Hangzhou (Zhejiang), Quanzhou (Fujian) und Guangzhou (Guangdong) zu den vier bekanntesten in ganz China.

Wie aus der Provinzhauptstadt Nanjing weiter verlautete, hat die Provinz Jiangsu seit 1978 insgesamt 157 Tempel, Klöster und Moscheen instandgesetzt und wiedereröffnet. Dafür hat die Provinz 9 Mio. Yuan ausgegeben. Zusätzlich kamen Mittel vom Staat und von den Kreisen und Städten der Provinz.

In Jiangsu leben nach offiziellen Angaben 200.000 Christen (d.h. Protestanten), 170.000 Katholiken, 50.000 Moslems, 100 Daoisten und 5.000 Buddhisten. An weiteren religiösen Institutionen hat die Provinz ein protestantisches theologisches Seminar, zwei buddhistische theologische Schulen sowie im vergangenen Jahr die Jinling-Druckerei für buddhistische Schriften, eine Gründung aus dem Jahre 1866, wiedereröffnet (XNA, 15.1.86). Die umfangreiche Restaurierungstätigkeit an religiösen Bauten ist nicht nur Ausdruck der vom Staat gewährten Religionsfreiheit, sondern muß darüber hinaus im Zusammenhang damit gesehen werden, daß offiziellerseits ein großes Interesse an der Erhaltung und Wiederherstellung historischer Bauwerke besteht. -st-

\*(25)

#### Offizielle Trauerfeier für Hu Feng

Sieben Monate nach dem Tod des bekannten Literaturkritikers und Schriftstellers Hu Feng (vgl. C.a. 1985/6, Ü 24) wurde am 15. Januar 1986 auf dem Beijinger Friedhof für revolutionäre Helden Babaoshan die offizielle Trauerfeier für diesen unbequemen Literaten abgehalten. Zu der Trauerfeier waren 500 Menschen erschienen, darunter zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens und vor allem Schriftsteller, z.B. Ai Qing und Cao Yu. Viele hatten auch Kränze geschickt, von Politikern u.a. Deng Yingchao, Präsidentin der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, in deren Ständigen Ausschuß Hu Feng Mitglied war, und Politbüromitglied Hu Qiaomu, von den Schriftstellern u.a. Ding Ling und Ba Jin. Die Trauerrede hielt Kulturminister Zhu Muzhi, der Hu Feng einen "Kämpfer der zeitgenössischen revolutionären Literatur und Kunst, bekannten Literatur- und Kunsttheoretiker, Lyriker und Übersetzer" nannte. Sein ganzes Leben lang, so sagte der Minister, habe Hu Feng nach Fortschritt gestrebt, das Vaterland und das Volk geliebt und sich bemüht, für die Sache der Literatur und Kunst seinen Beitrag zu leisten. Er erinnerte daran, daß Hu Feng im Juli 1954 ei-

nen längeren Artikel unter dem Titel "Bericht über den Zustand der literarisch-künstlerischen Praxis der letzten Jahre" an das ZK gerichtet habe. Während man über die darin geäußerten Ansichten unter normalen Umständen frei in Literatur- und Kunstkreisen hätte diskutieren können, habe man seinerzeit die literarisch-künstlerischen Ideen Hu Fengs übertriebenermaßen zu einem politischen Problem gemacht und Hu wie einen Feind behandelt, was vollkommen falsch gewesen sei. Im September 1980 sei der Schriftsteller rehabilitiert worden (RMRB, 16.1.86).

Trotz seiner offiziellen Rehabilitierung war Hu Feng nach seiner Rückkehr nach Beijing nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten. Dafür mögen gesundheitliche Gründe verantwortlich gewesen sein, aber dann hätte man wenigstens seine Werke veröffentlichen können. C. a. hat seinerzeit auf die unbefriedigenden Umstände der Rehabilitierung hingewiesen (1981/6, S.388-389) und dies damit erklärt, daß Hu Feng immer noch viele Gegner in der Partei und im kulturellen Establishment hatte. Aus diesem Grunde auch konnte man sich offensichtlich unmittelbar nach Hus Tod nicht entschließen, eine offizielle Trauerfeier abzuhalten. Daß diese nun nachgeholt worden ist, bedeutet vielleicht einen kleinen Trost für die Familie und die Freunde.

Bedeutungsvoller als diese Geste ist allerdings, daß inzwischen auch ein großer Teil der Werke Hu Fengs neu verlegt worden ist. Der namhafte Volksverlag für Literatur hat eine Sammlung der kritischen Schriften Hu Fengs (Hu Feng pinglun ji) in drei Bänden herausgebracht. Die Publikation enthält neun Kritiksammlungen, die Hu Feng in den Jahren zwischen 1934 und 1948 verfaßt hat. Alle diese Werke, die für die damalige fortschrittliche Literatur repräsentativ waren und einen großen Einfluß ausübten, wurden ab 1955 verboten und waren seitdem kaum mehr zugänglich. Die Neuauflage ist mit einem Nachwort versehen, das Hu Feng im April 1984, also ein Jahr vor seinem Tod, verfaßt hat. Es handelt sich dabei um einen Rückblick der achtziger Jahre auf seine Ansichten über wichtige Probleme der Literatur und Kunst in den dreißiger und vierziger Jahren. In einigen Punkten übt der Verfasser Selbstkritik, für andere gibt er Hintergrundinformationen und Erläuterungen. Seine ehemaligen Gegner bezeichnet er jetzt als Freunde. Außer dem Nachwort und einigen Ergänzungen zu seiner Schrift "Zehn Jahre Liga linksgerichteter Schriftsteller" hat Hu Feng in den letzten sechs Jahren seines Lebens, sofern es sein Ge-

sundheitszustand erlaubte, noch "Materialien zur Geschichte der neueren Literatur" (Xin wenzue shi liao) verfaßt, von denen bisher aber nur ein Artikel erschienen ist (RMRB, 27.1.86).

Es wird zu überprüfen sein, ob und wie weit die Neuauflage der literaturkritischen Schriften Hu Fengs redigiert ist. In jedem Fall aber scheint das Nachwort die "kritischen" Punkte (Individualismus, Subjektivismus, ausländische Einflüsse) aus heutiger Sicht ins rechte Licht zu rücken. Trotzdem ist dem Autor - wenn auch erst nach seinem Tode - mit dem Erscheinen dieser Sammlung ein wenig Gerechtigkeit widerfahren. Darüber hinaus ist die Veröffentlichung als Zeichen dafür zu werten, daß der heute gewährte kulturelle Freiraum es zuläßt, auch stark umstrittene Ansichten offen zur Diskussion zu stellen anstatt sie zu unterdrücken. Daß Hu Feng immer noch stark umstritten ist, beweist die Tatsache, daß man sich erst sieben Monate nach seinem Tod zu einer offiziellen Trauerfeier durchringen konnte. Ganz offensichtlich hatte es heftige interne Diskussionen darüber gegeben. -st-

\*(26)

#### Feng Zhi mit Jakob- und Wilhelm-Grimm-Preis ausgezeichnet

Dem namhaften chinesischen Gelehrten Feng Zhi wurde kürzlich der Jakob- und Wilhelm-Grimm-Preis von der DDR verliehen. Der Preis wurde Prof. Feng in einer Feierstunde in der Beijinger Botschaft der DDR überreicht. Der 81jährige Professor ist Ehrendirektor des Instituts für ausländische Literatur der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. In den dreißiger Jahren studierte er in Heidelberg. Nach seiner Rückkehr nach China übersetzte er viele deutsche Werke ins Chinesische und machte so deutsche Literatur in China bekannt (XNA, 20.1.86). -st-

#### AUSSENWIRTSCHAFT

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(27)

#### Rekorddefizit im Außenhandel

Mit der Drosselung seiner Konsumgüterindustrie und gezielten Maßnahmen zur Förderung der Exportindustrie will die Volksrepublik ihr 1985 auf 7,6 (1984: 1,1) Mrd. US\$ gestiegenes Außenhandelsdefizit in den Griff bekommen, das aus enorm gestiegenen Einfuhren resultierte. Bei Bekanntgabe der vorläufigen Handelszahlen am 22. Januar 1986 appellierte der Sprecher des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel, Huang Wenjun,

gleichzeitig an die Handelspartner der Volksrepublik, ihre Märkte weiter für chinesische Produkte zu öffnen. Dabei wandte er sich vornehmlich an die Länder, mit denen China die größten Defizite hatte: Japan (4,4 Mrd. US\$ Defizit), die USA (2 Mrd.) und die Bundesrepublik Deutschland (1,6 Mrd.).

Das gesamte chinesische Handelsvolumen ist 1985 gegenüber dem Vorjahr um knapp 20% auf 59,2 Mrd. US\$ gestiegen. Während die Ausfuhren nur um 5,7% auf 25,8 Mrd. US\$ zunahmen, schnellten die Importe um knapp 32% auf 33,4 Mrd. US\$ in die Höhe. Westliche Experten in Beijing rechnen damit, daß die noch nicht veröffentlichte Zollstatistik ein noch größeres Minus ausweisen wird. In der Berechnung des Außenhandelsministeriums werden z.B. eingeführte Rohmaterialien, die für die Produktion von Exportgütern verwendet werden, auf der Importseite nicht mitberücksichtigt.

Als bemerkenswert hob der Sprecher die Ausweitung des Handels mit den osteuropäischen Staaten hervor. So stieg der fast ausgeglichene Warenaustausch mit der Sowjetunion gegenüber 1984 um 61% - die höchste einzelne Zuwachsrate - auf 1,9 Mrd. US\$. Wichtigster Handelspartner der Volksrepublik blieb Japan mit 16,4 Mrd. US\$ (+ 30%), vor Hongkong (9,6 Mrd.), der Europäischen Gemeinschaft mit 6,9 Mrd. (+ 25%) und den USA mit 6,4 Mrd. Unter den EG-Ländern lag die Bundesrepublik mit einem bilateralen Warenaustausch von 2,8 Mrd. US\$ (+ 28%) weit an der Spitze.

Während des 7. Fünfjahresplanes (1986-1990) will die Volksrepublik ihren Export verstärkt von Rohstoffen und Halbfabrikaten auf industrielle Fertigprodukte umstellen und sich neue Märkte erschließen. Auch bei den Importen soll der Schwerpunkt bei Investitionsgütern für die Exportindustrie liegen. Stark beschnitten werden soll dagegen die Einfuhr von Fahrzeugen und Haushaltselektronik, einschließlich Fertigungsanlagen beispielsweise für die Produktion von Fernsehgeräten. Bereits im November 1985 hatte die Volksrepublik eine weitgehende Einfuhrdrosselung für Personenkraftwagen für einen Zeitraum von etwa 2 Jahren verhängt.

Mit dem Hinweis, daß Chinas Modernisierung in den vergangenen 5 Jahren durch die Großimporte von Rohmaterialien und Technologie erheblich beschleunigt worden sei, schloß der Sprecher des Ministeriums wohl eine abrupte Kehrtwendung der chinesischen Einfuhrpolitik aus. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum seines